DP DEUTSCHE POLIZEI Berlin

WORTE DES LANDESCHEFS

# Wir brauchen die Bodycam und zwar jetzt!

8.569 Kolleginnen und Kollegen der Berliner Polizei wurden 2021 angegriffen. Hinzu kommen 128 der Feuerwehr. Das ist jede Stunde ein Angriff auf einen Menschen. Eine Bodycam würde nicht jeden Angriff verhindern, aber sie würde oft deeskalierend wirken und in vielen anderen Fällen Beweismaterial ermöglichen.

**Norbert Cioma**

Vor mehr als sechs Jahren haben wir als GdP damit begonnen, die flächendeckende Einführung von Bodycams zu forcieren. Ob im Gespräch mit dem früheren Polizeipräsidenten Klaus Kandt, diversen Treffen mit politisch Verantwortlichen – wir haben uns auf allen Ebenen dafür eingesetzt, dass man sich zumindest mal mit der Problematik beschäftigt. Weil man dann auf kurz oder lang auch in Berlin – dem Bundesland mit den meisten Angriffen auf Polizistinnen und Polizisten – verstanden hat, dass sie einen Schutz für eben jene bieten könnte, verständigte sich Rot-Rot-Grün auf einen Bodycam-Probelauf. Noch pünktlich auf der Zielgerade der letzten Legislaturperiode hat man sich an die Umsetzung eines Versprechens aus dem Koalitionsvertrag herangemacht und diesen in die Wege geleitet. Nach der dafür notwendigen Änderung des ASOG Berlin, in welchem unter § 24 c eine auf den 1. April 2024 befristete Ermächtigungsgrundlage verankert wurde. In der Folge gab es satte 20 Geräte für die Polizei und zehn für die Feuerwehr. Beide Behörden zusammen zählen das Tausendfache an Beschäftigten.

## Deeskalierender Charakter

Wenn man in den Kollegenkreis reinhorcht, stellt man fest, dass es zumindest am Anfang ein paar Berührungsängste gab, was aber bei neuen Einsatzmitteln durchaus normal ist und in erster Linie mit der Funktion des Pre-Recording (30 sec vor Auslösung) und der potenziellen Möglichkeit einer Überwachung durch den Dienstherrn zusammenhängt. Mittlerweile hat sich das gelegt, das Feedback ist durchweg positiv. Selbst beim Thema Pre-Recording. Tatsächlich dauern Maßnahmen im Regelfall länger als 30 sec und maßnahmenauslösende Verhaltensweisen fallen dann eben aus der Aufnahme, weil das Gegenüber plötzlich ganz anders auftritt. Insofern wäre eine Ausdehnung auf 90 Sekunden oder gar zwei Minuten durchaus denkbar. Sehr wichtig, und das haben wir bereits während der Debatte zum ASOG Berlin angemerkt, wäre auch eine Ausdehnung auf den nichtöffentlichen Raum. Ja, Wohnraum ist ein geschützter Bereich – genau in diesem aber findet ein Großteil der Einsatzzeit und somit auch ein Großteil an Widerständen und tätlichen Angriffen statt. Ohnehin zeigen die bisherigen Ergebnisse das enge gesetzliche Korsett. Fast nur kam es zum repressiven Gebrauch, ein gefahrenabwehrender Charakter kam deshalb bisher kaum zur Anwendung, wobei durchaus das Tragen der Bodycam bzw. das Androhen der Auslösung bereits zur Deeskalation beigetragen hat. Bis hierhin wird das vom Stab 2 nicht erfasst, was fatal ist, da man am Ende nur bei der Betrachtung offizieller Zahlen darüber befinden wird, ob die Bodycams Sinn ergeben oder nicht. Diese umfassen bis Mitte März bei der Polizei 64, bei der Feuerwehr eins.

## Praxisnahe Hardware

Neben den „globalen“ Richtungsentscheidungen geht es aber auch um ganz simpel zu behebende Probleme aus der praktischen Umsetzung, die der bisherige Probelauf offenbart hat. An Schutzwesten der Größe XS ist die Anbringung nicht möglich. Durchweg wäre eine zusätzliche Tragemöglichkeit an der Schulter wünschenswert, weil sie andere Winkel ermöglichen würde, damit zum einen bei gezogener Waffe die Arme nicht das Bild versperren und zum anderen bei LEBEL-Einsätzen das Einlegen der Keramikplatten zur Aufwertung auf SK4 möglich ist. Die Anordnung der Visibility-Patches ist nicht mit der Trageweise der Bodycams vereinbar. Hinzu kommt das Thema Akku. Derzeit beträgt die Laufzeit etwa acht Stunden und sollte dementsprechend an die Dienstlänge angepasst werden. Außerdem stellen sich den Einsatzkräften Rechtsfragen, besonders bei Nichtauslösung. Wann müssen sie sich erklären? Wie ist es, wenn zum Beispiel der Betroffene die Auslösung verlangt? Es sind die Fragen, die man auf dem Weg zu einer möglichen Entscheidung über eine flächendeckende Einführung beantworten muss. Die zweite Stufe mit der Ausweitung auf 300 Geräte ist in der Planung. Das ist der nächste Schritt zu unserem Ziel. Wir reden über 8.569 Angriffe auf unsere Kolleginnen und Kollegen. Jede/r Einzelne ist es wert, dass man den Schutz von ihnen verbessert und angesichts von 20 auf einen gerichtete Smartphones bei Maßnahmen reden wir eben auch über Chancengleichheit. ▪

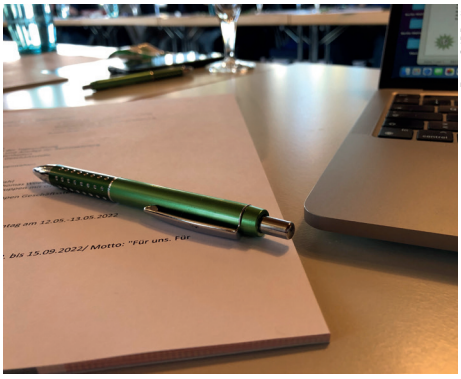
Foto: Candy Pott Pictures

**Liebe Kolleginnen und Kollegen,**
das Jahr fegt über uns hinweg. Jetzt haben wir bereits April und so manches ist in diesem Jahr bereits passiert. Es waren spannende Monate und es werden spannende folgen. Hinweggefegt sind auch ein paar Stürme über die Region. Darüber und über viele andere Sachen haben wir mit Landesbranddirektor Dr. Karsten Homrighausen gesprochen. Gesprochen wird bei uns ohnehin sehr viel, ob bei unserer zurückliegenden Klausurtagung, in Gesprächen mit Kolleginnen und Kollegen, die die Bodycams erproben oder jungen Teenagern, die echte Zivilcourage gezeigt und dafür zu Recht geehrt wurden. **Benjamin Jendro, Landesredakteur**

LBV-KLAUSURTAGUNG IN SCHMÖCKWITZ

# Gemeinsam stark für die Zukunft

Da unsere GdP ja bekanntlich vom Ehrenamt und so einem Engagement in der Freizeit lebt, wir uns aber mit zahlreichen Themen und Problematiken beschäftigen, die nicht mal eben nach Dienstschluss bei einem späten Treffen in der Geschäftsstelle zu besprechen sind, setzen wir uns regelmäßig auch mal im Rahmen von Klausurtagungen zusammen und widmen uns in Ruhe den Dingen, die Euch betreffen. Anfang März ging es für uns deshalb zwei Tage lang nach Schmöckwitz.



Fotos: GdP Berlin

2022 wird für unsere GdP bekanntermaßen ein Jahr, in dem so manche richtungsweisende Entscheidung für die Zukunft getroffen werden muss – sowohl auf Landes- als auch auf Bundesebene. Während die Delegierten bereits im Mai einen neuen Landesvorstand wählen und Anträge beraten dürfen, folgt der mehrtägige Bundesdelegiertentag im September. Beides war natürlich auch Tagesordnungspunkt auf der Agenda unserer zweitägigen Klausur, bei der selbstverständlich 3G herrschte und für die sich die Teilnehmenden zusätzlich auch noch einem Selbsttest unterzogen. Die rund 30 Kolleginnen und Kollegen vor Ort, die sich aus Mitgliedern unseres Geschäftsführenden Landesbezirksvorstands (GLBV), den Bezirks- und Personengruppen sowie der Geschäftsstelle zusammensetzten, diskutierten unter anderem über die interne und externe Kommunikation – unsere zentrale Schnittstelle zu allen Mitgliedern – , dem durch die Junge Gruppe ins Leben gerufenen Nachhilfeprogramm und die generelle Mitgliederstruktur bzw. die Frage, was wir als Gewerkschaft für diese leisten können. Dazu gehört auch eine umfassende Aufgabenkritik, wie wir Mitglieder für die GdP begeistern, ihnen den Service bieten, den sie verdienen und grundsätzlich Ansprechpartner sind.

Zum Programm gehörte es so neben dem Blick auf die Zukunft, auch mal auf Vergangenes zu schauen, eigene Fehler zu reflektieren und Ideen zu entwickeln, um diese zukünftig zu verhindern. Rundum erlebten wir zwei sehr diskussionsstarke Tage, in denen wir für uns gegenseitig für eigene Bedürfnisse und Ideen – von beiden gibt es auf den Dienststellen der Polizei, der Feuerwehr, des LABO, des LEA und der Bezirke jede Menge – sensibilisieren konnten. Ein gelungener Austausch, aus dem eine Menge hängen bleibt. ▮

Hier findest Du uns
in den Social-Media-Kanälen

@gdpberlin gdp_berlin @GdPHauptstadt

Fotos: GdP Berlin

DEINE GdP INFORMIERT

# Eine 81-Jährige, vier Teenager und jede Menge Zivilcourage – GdP sagt Danke

Am Abend des 20. Februar waren vier Jugendliche im Bereich des Neuköllner Dammweg unterwegs, als ihnen eine ältere Dame auffiel, die trotz Regen und einer Außentemperatur von rund fünf Grad nur mit einem Pullover bekleidet war. Die Jugend-lichen erkannten relativ schnell, dass die Gesamtumstände nicht normal waren und sich die Dame in einer hilflosen Lage befand.

Einer der vier zog seine Jacke aus und zog sie der 81-Jährigen an, um sie vor der weiteren Erfrierung und Nässe zu schützen. Sie suchten das Gespräch und konnten so ihren Wohnort herausfinden. Gemeinsam mit der Dame begaben sie sich anschließend zunächst zu Fuß und dann mittels ÖPNV in Richtung der Aufenthaltsanschrift, wo sie der Polizei übergeben worden ist.

Für diese Zivilcourage wurden die vier am 23. Februar im Jugendtreff Sunshine Inn in der Weißen Siedlung ausgezeichnet. Dabei waren unter anderem der Leiter des A54, PD Peter Diebel, Christian Bärman vom Bezirksamt Neukölln sowie die beiden POK Ahmet Oyan und Atila Yelgin vom Abschnitt. Neben einer Danksagung gab es einen 25-Euro-Gutschein von Nike durch den Bezirk sowie von uns als GdP einen 50-Euro-Wunschgutschein für jeden. ■

Anzeige

MEDIRENTA
CLASSIC

Beihilfe – leicht gemacht!

Seit rund 40 Jahren für Sie im Einsatz: **MEDIRENTA** übernimmt als Beihilfeberater mit dem **Komplett-Service** für Sie und Ihre Angehörigen alle Abrechnungsvorgänge mit sämtlichen Kostenträgern und Leistungserbringern im Gesundheitswesen.

Informieren Sie sich! 030 / 27 00 00 www.medirenta.de

**Hinweis:** In aller Regelmäßigkeit interviewen wir verschiedenste Protagonisten aus unserem stetig wachsenden Netzwerk. Wessen Antworten würdest Du hier gern einmal lesen, welche Fragen stellen? Schreib es uns an jendro@gdp-berlin.de!

INTERVIEW DES MONATS – LANDESBRANDDIREKTOR DR. HOMRIGHAUSEN

# „Wenn man die Pensionsgrenze für die hoch belasteten Einsatzkräfte ernsthaft verändern möchte, kann es nur nach unten gehen“

Vor einigen Jahren hat das Land Baden-Württemberg die Pensionsgrenze für Feuerwehrleute angehoben, unter dem damaligen Landesbranddirektor diesen Fehler aber auch wieder korrigiert. Damals mit dabei war auch Dr. Karsten Homrighausen. Er war 2016 bis 2018 Landesbranddirektor in Baden-Württemberg, leitet seit 01.08.2018 mit der Berliner die größte Berufsfeuerwehr Deutschlands und hat mit uns darüber gesprochen, wie er zur Ankündigung im Koalitionsvertrag steht, die Pensionsgrenzen anzuheben. Außerdem stellt er Innensenatorin Iris Spranger einen Platz im RTW in Aussicht und erklärte, was er von Berlins Politik erwartet.

**Im Gespräch mit Landesredakteur Benjamin Jendro**

**DP: Lieber Herr Dr. Homrighausen, hat Innensenatorin Spranger eine Zukunft auf einem RTW der Berliner Feuerwehr?**
**Homrighausen:** Wir können jede Kompetenz aus der Zivilgesellschaft dringend gebrauchen, die zur Verkürzung des therapiefreien Intervalls beitragen. Da darf sich auch Frau Spranger gern bei unserem Ersthelferprogramm KATRETTER registrieren. Wenn sie die Zeit findet, kann sie sich auch gern als Rettungssanitäterin bei uns qualifizieren. Bis hierhin darf sie natürlich jederzeit auf einem RTW hospitieren.

**DP: Wie bewerten Sie den Koalitionsvertrag der neuen Landesregierung?**
**H:** Ich mache das nicht davon abhängig, wie oft Berliner Feuerwehr im Koalitionsvertrag steht. Aber es ist schon mal gut, dass wir anders als beim letzten Mal überhaupt drinstehen, denn die Berliner Feuerwehr trägt in dieser Stadt eben auch den Rettungsdienst. Das Wichtigste ist für uns, dass die Ressourcenausstattung im Personalbereich stimmt, denn wir haben mit Blick auf die Belastung in der letzten Legislatur die wöchentliche Arbeitszeit um zehn Prozent reduziert. Mit der Ausbildungsoffensive 500 haben wir die Kapazitäten, jährlich 500 neue Kolleginnen und Kollegen auszubilden. Wichtig ist, dass diesen nach der Ausbildung eine garantierte Übernahme angeboten wird. Wir müssen gemeinsam mit der Politik eine Zielzahl, wie bei der Polizei, entwickeln und dann schauen, wie wir dahinkommen. Die letzte offene Stelle wird noch im Doppelhaushalt besetzt sein. Bei der nächsten Dienstkräfteanmeldung geht es dann auch um Verwaltungsstellen, die wir dringend benötigen. Im Koalitionsvertrag steht auch der politische Wille zu interdisziplinären-multifunktionalen Teams, was wir definitiv begrüßen. Langfristig ist das ein guter Ansatz, wir brauchen aber erst einmal ein richtiges Konzept und dafür auch personelle und finanzielle Ressourcen, die momentan nicht eingeplant sind. Ich kann keine Einheit ohne zusätzliche Leute aufbauen, wenn ich nicht eine andere Säule unserer Feuerwehr schwächen möchte. Mit einer Einheit wird es auch nicht getan sein, weil wir viele Einsatzstellen haben, an denen zum Beispiel die psychologische Unterstützung benötigt wird. Ein weiteres Ziel ist das Thema der Energiewende, bei der Politik dann eben auch glaubwürdig agieren muss. Ich kann nicht von autofreien Innenstädten sprechen und alle Leute zwingen, auf erneuerbare Energien umzustellen, gleichzeitig als Land Berlin aber nicht vorangehen. Derartige Investitionsmittel für die Fahrzeugflotte der Berliner Feuerwehr sehe ich dahingehend derzeit leider noch nicht aufgestellt. Ich möchte die Ziele der Koalition gern umsetzen, benötige dann aber dahingehende Unterstützung in Sachen Personal und Finanzmittel.

**DP: Wann zieht die BFRA nach Tegel?**
**H:** Mein Wunsch ist, dass wir uns an den aktuellen Zeitplan halten, und da stand 2027. Mit Blick auf die Finanzlage des Landes wurden schon erste Versuche wahrgenommen, die jährlichen Raten zu drücken. Das kann man nur, indem man die Maßnahmen prolongiert. Dagegen haben wir uns bisher erfolgreich gewehrt, denn der dringende Bedarf besteht schon heute! Ein Verschieben der Fertigstellung der BFRA am Standort TXL wäre für uns eine äußerst kritische Entwicklung. Aber das Projekt hat eine Größenordnung, bei der nicht verlangen kann, dass die Umsetzung in zwei Jahren steht. Das würde sich dann auch an der Qualität bemerkbar machen, gerade in Sachen praxisnahe Ausbildung. Ich habe dem neuen Bausenator Andreas Geisel übrigens schon gratuliert und ihm gesagt, dass ich mich über die Umsetzung der zwei zentralen großen Bauprojekte – BFRA und kooperative Leitstelle mit der Polizei – freue.

**DP: Hinter uns liegt eine Unwetterlage, die alles Vergangene in den Schatten gestellt hat, wie fällt Ihr Fazit aus?**
**H:** Ich denke, wir haben sehr gut gesehen, warum wir über den Ausbau des Katastrophenschutzes reden und das ist auch richtigerweise ein wichtiger Bestandteil des Koalitionsvertrages. Dort wurden zwar vier Katastrophenschutzzentren verankert, aber es ist deutlich

Landesbranddirektor Karsten Homrighausen steht am 29. Dezember 2021 in der Berliner Hauptfeuerwache am Alexanderplatz in Berlin Mitte.

Foto: Jörg Krauthöfer / FUNKE Foto Services

mehr nötig. Vor allem eine wesentliche größere und vor allem bessere und praxisnahe Koordinierung. Wir sehen das eben auch bei den immer intensiveren Wetterlagen – heftigere Hitze- und Dürreperioden oder Stürme. Bei Letzteren sollten wir uns davon verabschieden zu glauben, dass alle gefährdeten Bäume umfallen, wenn ein Sturm übers Land fegt und wir dann damit durch sind. Es wird weitere Stürme geben und sie werden weiter große Schäden anrichten. Dazu kommen noch die von Menschenhand gemachten Katastrophen, Stichwort Stromausfall. Da müssen wir schon auch sehen, dass wir uns in einzelnen Bereichen sehr abhängig von einer Lösung machen. Zwei parallel verlaufenden Stromleitungen auf der Allende-Brücke sind schon ein Risiko. Wir reden hier auch über grenzübergreifende Kompetenzen wie zum Beispiel eine schnelle Eingreiftruppe bei Bränden oder anderen Speziallagen, bei denen wir dann unsere Spezialkompetenzen, wie beispielsweise die Höhen- oder Wasserrettungseinheiten, entsenden können.

**DP: Welche Gefühle löst das Thema Corona in Ihnen aus?**

**H:** Ambivalente Gefühle. Ich bin erstaunt und auch erschüttert, dass Corona das Potenzial hat, einen Keil in unsere Gesellschaft zu treiben. Wir müssen aus der individuellen mehr in die gesellschaftliche Betrachtung kommen. Es verwundert mich auch, wie in Teilen der Politik damit umgegangen wird. Es ist klar, dass in dynamischen Lagen nicht immer alles rund läuft, aber nach mehr als zwei Jahren kann ich nicht mehr mit „der chaotischen Phase“ argumentieren. Wenn allerdings Gesetze demokratisch und ordnungsgemäß zustande gekommen sind und Repräsentanten dieses Staates sich veranlasst sehen, die Umsetzung von Bundesgesetzen auszusetzen oder gar infrage zu stellen, dann finde ich derartige Entwicklungen höchst bedenklich. Hier ist jeder und jede gefordert, seine eigene Haltung und Rolle zu hinterfragen.

**DP: Wie sind die ersten Erfahrungen mit dem Bereich Lehrfeuerwache?**

**H:** Bisher haben wir auf den Standorten Suarez und Wedding eine Lehrfeuerwache eingerichtet. Ich bekomme hierzu durchweg positive Rückmeldungen. Deshalb wollen wir das auch ausweiten, der dritte Standort soll Buckow sein, als vierter wäre Weißensee denkbar. Am Ende ist mir wichtig, dass wir den bestmöglich ausgebildeten Nachwuchs aus der Ausbildung bekommen. Fakt ist, dass man bei der Lehrfeuerwache schon wesentlich mehr Einsatzszenarien erlebt hat. Eine besonders wichtige Bedeutung kommt hier den Führungskräften zu, die vor Ort die Auszubildenden praxisnah anlernen.

**DP: Demnächst wird über eine Ausweitung des Probelaufs Bodycam entschieden, wie bewerten Sie das bisher?**

**H:** Uns beschäftigt das Thema Gewalt gegen Einsatzkräfte sehr. Da haben wir jetzt ein rechtskräftiges Urteil in zweiter Instanz zum Flaschenwurf auf unseren Staffelführer von der Feuerwache „Prenzlauer Berg“. Wir waren da schon entsetzt, dass die Staatsanwaltschaft in ihrem Plädoyer auf einmal Bewährung gefordert hat und somit unter das Strafmaß der ersten Instanz gehen wollte. Die Richterin hat sich zum Glück darüber hinweggesetzt und ist bei der Strafe ohne Bewährung geblieben. So ein Urteil muss sich herumsprechen, dann haben wir eine abschreckende Wirkung. Gleiches erhoffe ich mir von den Bodycams. Deshalb wollten wir auch beim Probelauf dabei sein. Ich denke, dass wir uns hierbei vor allem auf Brennpunkte fokussieren. Bei der Polizei ist das sicher nochmal eine weit größere Dimension. Was wir definitiv nicht wollen, ist eine Kontrolle der Arbeitsleistung der Kolleginnen und Kollegen. Bodycams dienen bei uns ausschließlich der Deeskalation und der Strafverfolgung von Angriffen. Bei genau diesen fehlt mir aber noch was anderes. Wenn unsere Kolleginnen und Kollegen Geschädigte sind, höre ich immer nur was von „Körperverletzung“. Sie werden da scheinbar als „normale“ Menschen gesehen, aber das sind sie nicht. Sie sind eben auch Repräsentanten des Staates, insofern ist ein solcher Angriff ein Angriff auf unsere Demokratie.

**DP: Die GdP kämpft für eine Novellierung des Dienstunfallrechts, Stichwort Infektionskrankheiten, aber auch psychosomatische Erkrankungen. Wie bewerten Sie diese Thematik?**

**H:** Na, ich bin definitiv dafür. Ich will ganz ehrlich sein, ich bin enttäuscht, dass das nicht Eingang in den Koalitionsvertrag gefunden hat. Nach meinen Informationen besteht hier ein breiter politischer Konsens. Das ist schon enttäuschend und kein gutes Zeichen, weil wir gerade bei Polizei und Feuerwehr über eine ganz andere Belastung als in anderen Berufsgruppen reden. Wir haben an vielen Stellen gemerkt, dass hier dringend Handlungsbedarf besteht. Bei den Betreuungsangeboten sind wir besser geworden, müssen aber noch besser werden. Bei der Anerkennung von Dienstunfällen herrscht großer Nachholbedarf. Wir konnten hier im Einzelfall des tödlichen Tramunfalls zwar etwas in Absprache mit dem ehemaligen Innensenator erreichen. Aber gerade bei psychischen Erkrankungen ist es eben selten das singuläre Ereignis. Ich teile Ihre Auffassung, dass wir nicht nur bei der Behandlung dieser Krankheiten besser werden müssen, sondern alleine schon in der Prävention. Ich möchte mich stärker dem Thema Vorsorge widmen.

**DP: Letzte Frage: Warum sollte die Koalition die Finger von einer Anhebung der Pensionsgrenze für Beschäftigte der Berliner Feuerwehr lassen?**

**H:** Baden-Württemberg hat das ja nicht umsonst zurückgenommen. Im Wesentlichen geht es doch um die durchlebten verschiedenartigen Belastungen, die eine Sonderregelung bei der Zurruhesetzung bzw. Rente rechtfertigen; übrigens völlig unabhängig vom Beschäftigungsverhältnis. Das muss anerkannt werden. Die Bundeswehr macht es uns vor, hat als eine Organisation viele verschiedene Altersgrenzen, je nach Belastung. Die Strahlflugzeugführer mit der höchsten Belastung gehen sehr früh in den Ruhestand. Das geht je nach Verwendung bis zu den üblichen Altersgrenzen. Das entscheidende Thema ist Belastung. Wenn jemandem ab einem bestimmten Alter etwas im rückwärtigen Dienst angeboten werden kann, dann kann man über höhere Altersgrenzen diskutieren. Als Feuerwehr haben wir diese Möglichkeiten aber nicht in dem benötigten Umfang. Insofern ist meine klare Botschaft: Wenn man Pensionsgrenze ernsthaft verändern möchte, dann sollte man uns bitte mit anderen Feuerwehren in Deutschland vergleichen und nicht mit anderen Berufsgruppen. Wenn wir uns im Bundesgebiet umschauen, kann es deshalb nur eine Richtung geben und die zeigt nach unten. Ideal wäre es, Ihrer Forderung zu folgen und so einen Korridor anzubieten. Das wäre der zeitgemäße Umgang mit Mitarbeitenden. Die Sonderaltersgrenze sollte die scharfe Grenze nach oben sein und darunter Flexibilität herrschen. ■

Landeschef Cioma bei der Übergabe ETZ Gallwitzallee Anfang März via Morgenpost

Wir freuen uns, dass es bei den Einsatztrainingszentren weiter vorangeht und wir mehr und mehr eigene und vor allem moderne Kapazitäten zum notwendigen Schießtraining der Kolleginnen und Kollegen schaffen. Für die Zukunft wünschen wir uns, dass wir bei all den Bauprojekten nicht die Trainingsmöglichkeiten für unsere Spezialeinheiten vergessen. Das ETZ Ruppiner Chaussee ist aus finanziellen Gründen gestrichen worden. So müssen wir das LKA6 aufgrund der anderen Trainingsanforderungen auf absehbare Zeit weiter auf externe Anlagen schicken.

# Denk an Deine Angaben!

Wir möchten an dieser Stelle darauf hinweisen, dass Anspruch auf unsere Leistungen nur für diejenigen besteht, die ihre Mitgliedsbeiträge korrekt bezahlen. Das Land Berlin übermittelt uns eventuelle Änderungen aber nicht. Insofern bitten wir Euch, wenn Ihr umgezogen seid oder endlich befördert wurdet, sich die Ausbildung verlängert hat oder Ihr in den verdienten Genuss Eurer Pension/Rente kommt, es bei uns kundzutun. Nur so können wir Eure Mitgliedsbeiträge korrekt einstufen und schicken Post nicht ins Nirwana. ∎

Fotos: GdP Berlin

DEINE GdP FÜR DICH

# Tagesfahrt an die Mecklenburgische Seenplatte

Wir, der Landesseniorenvorstand und der „Grüner Stern“ Gemeinnütziger Polizeiunterstützungsfonds Berlin e.V., haben den Mut und organisieren am Freitag, dem 10. Juni 2022 eine Tagesfahrt an die Mecklenburgische Seenplatte.

Wir fahren mit dem Bus nach Plau am See. Von dort geht es mit dem Schiff über den Plauener See, Petersdorfer See, Malchower See, Fleesensee und Kölpinsee und einer kleinen Schleife über die Müritz nach Waren, wo wir einen ca. dreistündigen Aufenthalt haben werden, um dann die Heimreise mit dem Bus anzutreten.

Mit Unterstützung des „Grünen Stern“ wird der Preis für Bus, Schiff und Kaffeegedeck 25 € betragen. Wir haben bisher, wie immer, erst einmal einen Bus angemietet.

Wer zuerst kommt, hat also seinen Platz sicher.

Abfahrt wird um 7.45 Uhr am Fehrbelliner Platz sein, danach gibt es noch eine zweite Abfahrtsstelle Parkplatz „An der Mühle/Karolinenstr.“. Die Abfahrt muss so früh sein, da das Schiff in Plau um 11 Uhr sich nach den Öffnungszeiten der Drehschleuse in Malchow richten muss.

Mit dem Reeder habe ich vereinbart, dass wir an Bord während der dreistündigen Fahrt die Möglichkeit für einen kleinen Imbiss haben. Getränke gibt es genug an Bord.

Bedenkt: Der Verzehr von mitgebrachten Speisen und Getränken ist an Bord nicht gestattet. Grundsätzlich gilt für diesen Trip die 3G-Regel.

Anmeldungen sowie weitere wichtige Auskünfte nur bei Erika Schink, Tel.: (030) 74771820 oder Handy: (01512) 8852412 oder per E-Mail: erika-schink@t-online.de ∎

**DP – Deutsche Polizei**
Berlin

ISSN 0170-6411

**Geschäftsstelle**
Kurfürstenstraße 112, 10787 Berlin
Telefon (030) 210004-0
Telefax (030) 210004-29
gdp-berlin@gdp-online.de
www.gdp-berlin.de
Adress- und Mitgliederverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke

**Redaktion**
Benjamin Jendro (V.i.S.d.P.)
Telefon (030) 210004-13
jendro@gdp-berlin.de

**Konten**
Commerzbank
IBAN: DE69 3004 0000 0634 3073 00

## Redaktionsschluss

für unsere Mai-Ausgabe, auch für Veranstaltungen, ist der 6. April 2022.

**Euer Landesredakteur**

# Veranstaltungen

### Seniorengruppen

**Dir 1**
**Wann:** Montag, 4. April, ab 13 Uhr.
**Wo:** MAESTRAL, Eichborndamm 236, 13437 Berlin.
**Info:** Referentin Fr. Brauer, Beihilfestelle.
**Kontakt:** Werner Faber, Tel.: (030) 4032839.

**Dir 2**
**Wann:** Dienstag, 5. April, 15 Uhr.
**Wo:** Restaurant El Manuel, Sandstraße 37/ Ecke Meydenbauerweg, 13593 Berlin.
**Achtung:** Es gelten die Corona-Regelungen.

**Dir 4**
**Wann:** Mittwoch, 13. April, 16 Uhr.
**Wo:** Adria Grill, Kaiser-Wilhelm-Straße 55, 12247 Berlin
**Kontakt:** Peter Müller, Tel.: (030) 7967520 oder Erika Schink, Tel.: (030) 74771820.

**Dir 5**
**Wann:** Dienstag, 5. April, 14 Uhr.
**Wo:** Zum Hufeisen, Fritz-Reuter-Allee 48, 12359 Berlin (Hufeisensiedlung).
**Info:** Wenn Corona es zulässt.
**Kontakt**: Renate Katzke, (0173) 1685766.

**LKA**
**Wann:** Dienstag, 5.April, 14 Uhr.
**Wo:** Gasthaus Koch, Friedrich-Wilhelm-Straße 68, 12103 Berlin.
**Info:** Frau Sandra Cegla, KK'in a.D., liest aus ihrem Buch „Es begann im Alltag – Stalking".

**Wann:** Dienstag, 19. April.
**Wo:** Baumkronenpfad bei den Beelitzer Heilstätten.
**Info:** nähere Einzelheiten zu diesem Ausflug waren zum Zeitpunkt der Drucklegung noch nicht bekannt. Interessenten melden sich bitte beim Vorstand.
**Kontakt:** Jürgen Heimann, Tel.: (030) 7217547 oder Marianne Fuhrmann, Tel.: (030) 7451353.

**PA**
**Wann:** Dienstag, 26. April, 16 Uhr.
**Wo:** Marjan Grill, Flensburger Straße/Ecke Bartningallee, 10557 Berlin.

**LPD/PPr/ZS (situationsbedingt bitte nachfragen, ob die Sitzung stattfindet)**
**Wann:** Dienstag, 5. April, 16 Uhr.
**Wo:** Lokal „FRABEA", Afrikanische Straße 90/OtawiStraße 13351 Berlin-Wedding.
**Info:** Sitzung Seniorengruppe LPD/PPr/ZS.
**Kontakt:** Alberto Fourneaux, Tel.: (030) 4651559.

**Landesfrauengruppe**
**Wann:** Mittwoch, 27. April, 16–18 Uhr.
**Wo:** GdP-Geschäftsstelle, Kurfürstenstraße 112, 10787 Berlin – alternativ digital.

# Trotzdem immer noch Bezirksgruppe 4

**Karl Hirselandt**

Foto: privat

# Sterbegeldversicherung

Liebe Mitglieder,

seit über 30 Jahren bieten wir die Möglichkeit, dass Ihr Euch einem Gruppenvertrag zu einer Sterbegeldversicherung in Zusammenarbeit mit der DBV anschliessen könnt.

Wir möchten Euch mitteilen, dass es auf Wunsch der Versicherung (DBV/AXA) nun nicht mehr möglich ist bestehende Verträge zu erhöhen oder Versicherungen dem Gruppenvertrag hinzuzufügen. Bestehende Versicherungen laufen aber wie bisher weiter und werden auch durch uns, als GdP Service GmbH, betreut.

Mit unserem Kooperationspartner der SIGNAL IDUNA und der Bezirksdirektion Steffen Kroll haben wir aber eine sehr gute Alternative für Euch. Sichert Euch und Eure Familienangehörigen ab.

Speziell für GdP-Mitglieder haben wir ein besonders flexibles und faires Angebot:

- bis zu 20.000 EUR Versicherungssumme ohne die sonst üblichen Gesundheitsfragen
- bereits nach 2 Jahren Wartezeit Anspruch auf die volle Versicherungssumme
- Versorgung bei Tod in den ersten zwei Versicherungsjahren: Erstattung der bis dahin gezahlten Beiträge
- Versorgung bei Tod infolge eines Unfalls: Auszahlung von mindestens der vollen Versicherungssumme

Bei Rückfragen könnt Ihr Euch direkt an die Bezirksdirektion Steffen Kroll wenden!

Paul Vogler
GdP Service GmbH Berlin

Genießen Sie das entspannte Gefühl,
**gut vorgesorgt** zu haben.

Den menschlichen Verlust bei einem Todesfall kann niemand ersetzen. Aber die private Sterbegeldversicherung der SIGNAL IDUNA bietet Ihnen verlässliche Möglichkeiten der Vorsorge für morgen. Und das fühlt sich schon heute gut an.

**Bezirksdirektion Steffen Kroll**
**Poschinger Straße 25, 12157 Berlin, Telefon 030 55489323**
**Mobil 0177 7929400, steffen.kroll@signal-iduna.net**

Gewerkschaft der Polizei

GdP Service GmbH Berlin

SIGNAL IDUNA
gut zu wissen